


Gute Noten für den Job

Beschäftigung. Die meisten Arbeitnehmer sind mit ihrem Job recht zufrieden. Das zeigt eine neue Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Vor allem wer gut bezahlt wird und eine anspruchsvolle Stelle hat, ist glücklich. Sorgen um den Arbeitsplatz und Überforderung lassen dagegen die Zufriedenheit rapide sinken. 

Gute Arbeit gibt es kaum – das jedenfalls sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Er belegt das mit einem eigenen Indikator, der allerdings ausgerechnet „Gute Arbeit“ heißt (Kasten Seite 2) und seit Jahren das Gleiche zeigt:

Die von 2007 bis 2010 ermittelten Indexwerte des DGB lagen zwischen 58 und 59 von maximal 100 Punkten – was als „mittelmäßige Arbeit“ bezeichnet wird. Für das Prädikat „gute Arbeit“ müssten dagegen mindestens 80 Punkte erreicht werden.

Die Messlatte liegt also sehr hoch. Das Problem dabei: Der DGB-Index erfragt das subjektive Empfinden der Arbeitnehmer – und die können auch mal Ansprüche und Erwartungen haben, die sich kaum realisieren lassen. Es fehlt also eine objektive Arbeitsanalyse, die auch die betriebliche Perspektive zulässt. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollten dabei genauso eine Rolle spielen wie die Frage, was die Beschäftigten selbst dazu beitragen können, damit alles zu ihrer Zufriedenheit läuft.

Eine Alternative zum Index „Gute Arbeit“ bieten die Berechnungen des IW Köln. In die IW-Messung fließen Faktoren ein, die sich sowohl direkt als auch indirekt auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten auswirken. Einen direkten Bezug haben zum Beispiel das eigene Einkommen und die Position, die sich daraus im Vergleich mit anderen ergibt, der ausgeübte Beruf, das Bildungsniveau, die Betriebsgröße, die Arbeitszeit sowie die Dauer der Betriebszugehörigkeit. Kinderzahl und Gesundheitszustand wirken eher →

Die meisten Arbeitnehmer sind zufrieden

So viel Prozent der Beschäftigten aus diesen Einkommensklassen waren 2008 mit ihrer Arbeit

■ sehr zufrieden ■ mittelmäßig zufrieden
 ■ nicht oder nur wenig zufrieden

Unterstes Fünftel	38	55	7
2. Fünftel	43	53	5
3. Fünftel	45	50	4
4. Fünftel	46	51	3
Oberstes Fünftel	50	49	2

Einkommensklassen: eingeteilt nach dem Nettoäquivalenzeinkommen; Nettoäquivalenzeinkommen: errechnet sich aus dem gesamten Nettoeinkommen eines Haushalts, das gewichtet nach Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen aufgeteilt wird; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwkd 31

Inhalt

Auftragseingänge: In jüngster Zeit hatten die Aufträge keine gute Prognosekraft. Ein Grund ist der Strukturwandel.
Seite 3

Bundesagentur für Arbeit: Der Bundesagentur droht ein Milliardenfazit. Mitschuld trägt der Bund.
Seite 4

Staatsquote: Gestiegene Staatsschulden sind eine Folge der Krise. Das grundsätzliche Problem besteht schon länger.
Seite 5

Beschäftigung: Der Arbeitsmarkt hat 2009 gut überstanden. Es konnten 1,2 Millionen Jobs gesichert werden.
Seite 6

Neue Medien: Der Boom der Smartphones eröffnet den Herstellern von Computerspielen neue Absatzchancen.
Seite 7

Ausbildungsförderung: Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, gibt es verschiedene Förderprogramme.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ indirekt – diese Faktoren stehen zwar nicht in einem unmittelbaren Bezug zum Arbeitsplatz, sind aber für die individuelle Arbeitszufriedenheit relevant.

Die Basis der IW-Berechnungen bildet das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Denn darin antworten jedes Jahr etwa 20.000 Personen nicht nur auf die Frage, wie zufrieden sie mit ihrem Job sind – sie geben auch Auskunft über viele andere Aspekte, angefangen bei ihrem Einkommen über ihren Bildungsstand bis hin zu ihrer Gesundheit.

Ihre Arbeitszufriedenheit bewerten die SOEP-Befragten mit Noten von null (ganz und gar unzufrieden) bis zehn (ganz und gar zufrieden).

Im Jahr 2008 vergaben die Befragten im Durchschnitt knapp sieben Punkte – sie waren also ziemlich zufrieden mit ihrem Job.

Naheliegender ist, dass die Zufriedenheit mit steigendem Einkommen wächst (Grafik Seite 1). Allerdings macht ein geringeres Erwerbsein-

kommen nicht zwangsläufig unglücklich: Nur 7 Prozent der Geringverdiener waren mit ihrer Arbeit unzufrieden. Beim Thema Lohn ist ohnehin vieles relativ. So spielt es auch eine Rolle, wie viel jemand zum Haushaltseinkommen beiträgt.

Zudem zeigt sich, dass gerade junge Menschen das Berufsleben optimistisch sehen (Grafik): Über die Hälfte der Auszubildenden ist mit ihrer Arbeit sehr zufrieden, lediglich 2 Prozent fühlen sich gar nicht wohl. Auch Selbstständige und Teilzeitbeschäftigte haben selten etwas an ihrer Tätigkeit auszusetzen. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst bewerten ihren Job ebenfalls überwiegend gut.

Positiv wirken sich außerdem hohe Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz aus – wenn die Beschäftigten auch die entsprechenden Kenntnisse mitbringen. Denn wer sich mit seinen Aufgaben überfordert fühlt, ist seltener zufrieden. Nicht zuletzt drücken auch eine Befristung

des Arbeitsvertrags und Sorgen um die Sicherheit des Jobs die Stimmung, genauso wie der Umstand, dass man sehr viel mehr oder weniger Stunden auf der Arbeit verbringt, als man es gerne hätte.

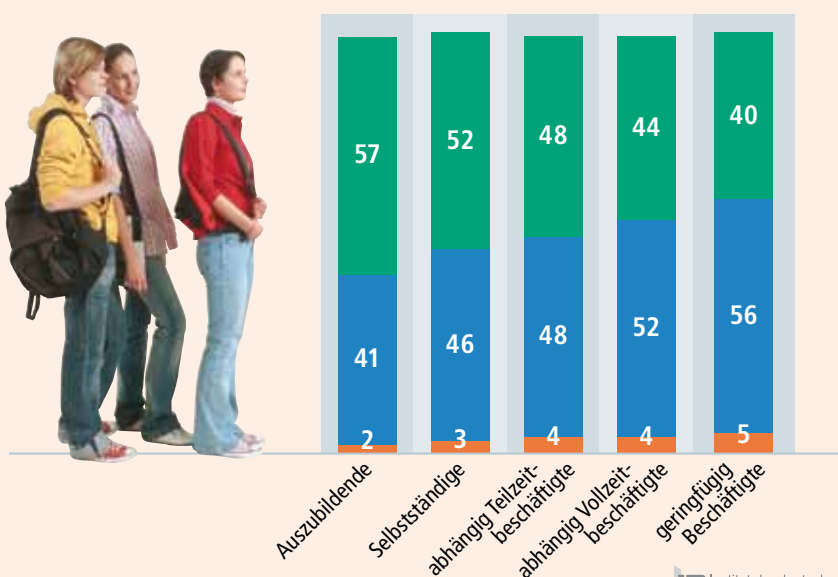
Der DGB-Index „Gute Arbeit“ in der Kritik

- Die 31 Fragen werden 15 sogenannten Arbeitsdimensionen wie Einkommen, Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie berufliche Zukunftsaussichten ohne empirische Überprüfung rein intuitiv zugeordnet. Für manche dieser Dimensionen gibt es nur eine einzige Frage.
- Die verschiedenen Arbeitsdimensionen gehen mit unterschiedlichen Gewichten in die Gesamtbewertung ein; dabei werden die Fragen zu „Einkommen und Sicherheit“ stärker gewichtet als die zu „Arbeitsbelastung“ und „Ressourcen“.
- Mangelt es an einer sogenannten Ressource – dazu zählen zum Beispiel Kollegialität und Führungsstil – verschlechtert das den Indexwert selbst dann, wenn der Beschäftigte den Mangel gar nicht als Belastung empfindet.
- Die Schwelle zu „guter Arbeit“ wird mit 80 von 100 maximal erreichbaren Punkten sehr hoch angesetzt; andere Notenschlüssel vergeben die Note „gut“ schon ab 75 Punkten.
- Einzelne Arbeitsdimensionen korrelieren miteinander; sie sollten deshalb zusammengefasst werden.

Mit 17 hat man noch Träume

So viel Prozent der Arbeitnehmer waren mit ihrer Arbeit

■ sehr zufrieden ■ mittelmäßig zufrieden ■ nicht oder nur wenig zufrieden



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 31




IW-Analysen Nr. 70

Hagen Lesch, Holger Schäfer, Jörg Schmidt: Arbeitszufriedenheit in Deutschland, Messkonzepte und empirische Befunde, Köln 2011, 84 Seiten, 19,90 Euro

Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

Wachstumsindikator mit Schwächen

Auftragseingänge. Die Zahl der Bestellungen bestimmt die anschließende Produktion – dieser Zusammenhang gilt in der Industrie nicht immer automatisch. Vor allem im Aufschwung von 2005 bis 2008 war die Prognosekraft der Aufträge eher mäßig. Erklären lässt sich dies durch den Strukturwandel, Produktionsverlagerungen sowie nicht gemeldete Stornierungen. 

Geht der Aufschwung weiter oder steht der deutschen Wirtschaft eine neue Flaute bevor? Um solche Fragen zu beantworten, brauchen Ökonomen zuverlässige Anhaltspunkte. Zu den gängigen Prognoseindikatoren gehören die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe. Denn die Bestellungen geben theoretisch klare Hinweise darauf, wohin der Produktionszug fährt.

In der Praxis jedoch ist die Prognosegüte der Auftragseingänge nicht immer sehr hoch (Grafik):

Von Frühjahr 2005 bis Ende 2007 zum Beispiel legten die realen Auftragseingänge in der Industrie um fast 30 Prozent zu, die Produktion stieg dagegen um weniger als 20 Prozent.

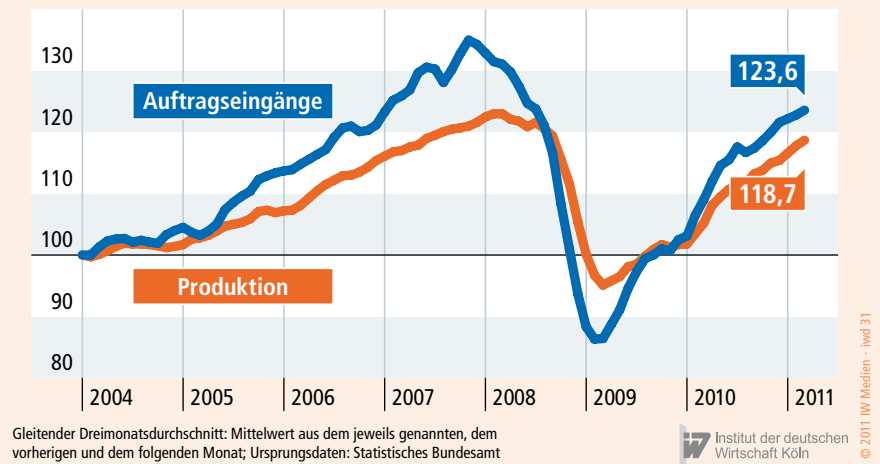
Von Anfang 2004 bis Mitte 2005 sowie von Mitte 2009 bis Mitte 2010 entwickelten sich Bestellungen und Output dagegen recht synchron.

Dass sich die Aufträge mal besser und mal schlechter zur Vorhersage der Produktionstrends eignen, hat mehrere ökonomische Gründe:

- **Wandel des Unternehmensmodells.** Die Struktur der deutschen Industrie hat sich verändert. Während etwa der Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie des Ernäh-

Aufträge und Produktion: Nicht immer synchron

Reale Auftragseingänge und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland, gleitende Dreimonatsdurchschnitte, Januar 2004 = 100



ungsgewerbes an der industriellen Wertschöpfung seit 1991 zurückgegangen ist, haben unter anderem der Maschinen- und Fahrzeugbau zugelegt. Damit haben gerade jene Branchen an Bedeutung gewonnen, deren Unternehmen zumeist auf Bestellung nach Kundenwünschen produzieren. Jene Branchen, in denen Massengüter auf Lager hergestellt werden, verlieren dagegen an Gewicht. Damit verändert sich aber über die gesamte Industrie hinweg der zeitliche Zusammenhang zwischen Order und Produktion – was die Prognose der Auftragseingänge vorübergehend einschränkt.

- **Zunehmende Arbeitsteilung.** Die deutschen Industriebranchen setzen verstärkt auf Vorleistungen anderer Branchen oder des Auslands. Allein von 2005 bis 2008 stieg der Anteil der Zulieferungen am Produktionswert des Verarbeitenden Gewerbes von etwa 67 Prozent auf über 70 Prozent. Die Firmen verlagern in solchen Phasen die Produktion zum Teil in andere Wirtschaftszweige – etwa den

Servicesektor – oder ins Ausland. Das bedeutet aber, dass die Auftragseingänge die künftige Fertigung des betreffenden Industriezweigs überzeichnen, sofern dieser keine Korrektur meldet.

- **Stornierungen.** Vor allem, wenn die Wirtschaft boomt und zum Beispiel bei Rohstoffen Engpässe drohen, ordern viele Unternehmen bei mehreren Lieferanten. So gehen sie sicher, das benötigte Material baldmöglichst zu bekommen. Sobald ein Lieferant den Auftrag erfüllt, werden die übrigen Bestellungen storniert. Doch nicht immer melden die Unternehmen diese Stornierungen wie gefordert den Statistischen Landesämtern, sodass die erfassten Auftragseingänge zu groß ausfallen.



aus IW-Trends
Nr. 3/2011

Markus Demary, Michael Grömling:
Aussagekraft der Auftragseingänge der
deutschen Industrie
www.iwkoeln.de/trends

Der Bund bedient sich

Bundesagentur für Arbeit. Im vierten Jahr in Folge droht der Bundesagentur für Arbeit ein Milliardendefizit. Mitschuld trägt der Bund, der gleich an mehreren Stellen Gelder in den eigenen Haushalt umzuleiten versucht.

Die Voraussetzungen könnten kaum besser sein: Die Arbeitslosigkeit wird 2011 im Schnitt unter der Drei-Millionen-Marke bleiben, und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte den höchsten Wert seit zehn Jahren erreichen. Das bringt der Bundesagentur für Arbeit (BA) mehr Beitragseinnahmen und die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitsmarktpolitik können sinken.

Und auch 2012 droht kaum Gefahr für den BA-Haushalt – wäre da nicht der Bund. Denn der bedient sich fleißig aus der Beitragskasse:

- **Den Eingliederungsbeitrag** von rund 5 Milliarden Euro jährlich

muss die BA schon seit Jahren an den Bund abführen. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine Art Strafzahlung für jeden Arbeitslosen, der vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II rutschte. Doch als die Einnahmen für den Bund aus diesem Modell sanken, wurde der Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zu den Eingliederungsleistungen der Arbeitslosengeld-II-Empfänger ins Leben gerufen – obwohl die Arbeitslosenversicherung mit der Finanzierung der Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II nichts zu tun hat.

- **Das Insolvenzgeld** ist eine Leistung der Bundesagentur, die anders als das Arbeitslosengeld nicht aus Beiträgen, sondern aus einer Umlage finanziert wird, die allein die Arbeitgeber tragen. Im Jahr 2009 wurde die Umlage wegen der Wirtschaftskrise erhöht. Da die Arbeitsmarktfaute aber ausblieb, hatte die BA am Ende des Jahres 2010 mehr

als 1 Milliarde Euro Rücklagen. Doch anstatt der Bundesagentur dieses Geld für künftige Insolvenzgeldzahlungen zu lassen, kürzte der Bund seinen Beitrag zum Haushaltsausgleich um die entsprechende Summe. Im Ergebnis landete das Insolvenzgeld also im Bundesetat.

- **Die Mehrwertsteuererhöhung** im Jahr 2007 um 3 Prozentpunkte ging zu einem Drittel an die Bundesagentur für Arbeit. Die Steuererhöhung fiel so hoch aus, weil im Gegenzug explizit die Lohnnebenkosten gesenkt werden sollten. Die Einnahmen der BA aus diesem Arrangement beliefen sich zuletzt auf knapp 8 Milliarden Euro jährlich. Diese Zahlungen möchte der Bund nunmehr halbieren. Hintergrund ist, dass er künftig den Kommunen bis zum Jahr 2014 schrittweise die Finanzierung der Grundsicherung im Alter abnehmen will. Dies zahlt er aber nicht selbst, sondern hält sich an der Arbeitslosenversicherung schadlos. Die wiederum hat mit der Finanzierung der Grundsicherung im Alter nichts zu tun – es handelt sich um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung für Rentner.

Insgesamt entzieht der Bund der Arbeitslosenversicherung durch diese Regelungen rund 10 Milliarden Euro.

Wäre dem nicht so, könnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 1,25 Prozentpunkte niedriger ausfallen. Noch schlimmer ist, dass der BA bereits im aktuellen Arbeitsmarktboom der Ausgleich ihres Etats schwerfällt. Im nächsten Abschwung dürfte es kritisch werden – im ungünstigsten Fall muss in der Krise der Beitrag angehoben werden.

Bundesagentur für Arbeit macht Miese

in Millionen Euro

	2007	2008	2009	2010
Einnahmen	42.838	38.289	34.254	37.070
darunter:				
Beteiligung des Bundes	6.468	7.583	7.777	7.927
Insolvenzgeldumlage	674	673	711	2.929
Ausgaben	36.196	39.407	48.057	45.213
darunter:				
Eingliederungsbeitrag an den Bund	1.945	5.000	4.866	5.256
Insolvenzgeld	697	654	1.617	740
Finanzierungssaldo	6.642	-1.118	-13.804	-8.143

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Mehr Staat, mehr Schulden

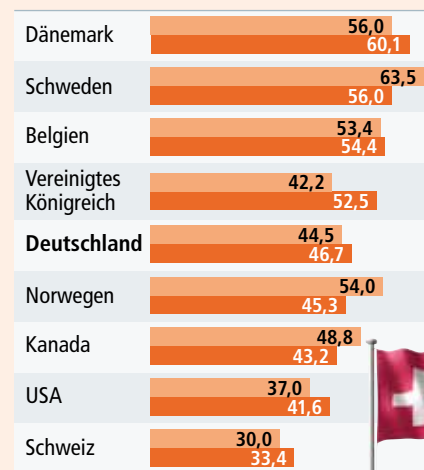
Staatsquote. Das Schuldendrama in Griechenland und die Haushaltskrise in den USA zwei prominente Beispiele dafür, welche einschneidenden Folgen es haben kann, wenn Staaten dauerhaft auf Pump leben. Zwar sind die ausufernden Staatsschulden auch eine Folge der weltweiten Wirtschaftskrise. Das grundsätzliche Problem besteht jedoch schon seit Jahrzehnten.

Vor knapp 150 Jahren formulierte der deutsche Ökonom Adolph Wagner „das Gesetz des wachsenden Staatsbedarfs“. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass er recht behalten sollte: Ob in absoluten Zahlen gerechnet oder als Anteil an der Wirtschaftsleistung – in vielen Ländern erreichen die Staatsausgaben Jahr für Jahr neue Rekorde.

Folglich muss ein immer größerer Teil der privaten Wertschöpfung in Form von Steuern und Abgaben an den Staat fließen, damit der seine Ausgaben finanzieren kann. Reichen diese Einnahmen nicht aus, bleibt

Staatsquote: Solide Schweizer

Staatsquote 1990 2010



Ursprungsdaten: OECD

Deutschland: Fataler Aufwärtstrend

Jahr	Staatsquote	Abgabenquote	Verschuldungsquote
1960	32,9	32,2	18,74
1965	37,1	32,9	19,04
1970	38,5	33,5	17,81
1975	48,8	37,9	23,59
1980	46,9	39,7	30,30
1985	45,2	39,2	39,46
1990	43,6	38,0	41,20
1995	48,1	40,2	55,11
2000	47,6	40,0	58,71
2005	46,9	36,8	66,45
2010	46,7	38,4	83,20

Staatsquote: Öffentliche Ausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt; Abgabenquote: Anteil von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt; Verschuldungsquote: Anteil der Schulden des Staates am Bruttoinlandsprodukt; Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 31

nur die Fremdfinanzierung über den Kapitalmarkt – also eine steigende Staatsverschuldung. In diesem Teufelskreis ist auch Deutschland schon lange gefangen (Grafik):

Die deutsche Staatsquote stieg etwa von 1960 bis 1990 um mehr als 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig legte die Abgabenquote um knapp 6 Prozentpunkte zu, die Verschuldungsquote um mehr als 22 Punkte.

Für die jüngere Vergangenheit zeigt der weltweite Vergleich allerdings ein differenziertes Bild: Zahlreiche Länder schraubten ihre Staatsquoten von 1990 bis 2010 weiter nach oben. In Schweden, Norwegen und Kanada hat der Staat hingegen den Rückzug angetreten.

Zwar verzerren die in der Wirtschaftskrise aufgelegten Konjunkturprogramme den Befund. Doch selbst jetzt, da es zumindest Deutschland wirtschaftlich wieder besser geht, neigen manche Politiker dazu, eher mehr Geld auszugeben als entschlossen zu sparen. Dabei wäre

genau das nötig – denn die Staatsverschuldung ist sowohl aus ökonomischer als auch aus institutioneller Sicht höchst problematisch:

Deutschland war 2010 mit mehr als 83 Prozent des BIP verschuldet – laut Vertrag von Maastricht sind aber höchstens 60 Prozent erlaubt.

Dass Finanzminister Schäuble zumindest die Neuverschuldung ab 2013 wieder unter die Maastrichtvorgabe von 3 Prozent des BIP drücken will, ist zwar gut und richtig. Doch selbst wenn es gelingt, die Neuverschuldung von rund 48 Milliarden Euro im laufenden Jahr auf knapp 15 Milliarden Euro im Jahr 2015 zu senken – die gesamte Staatsverschuldung ist dann laut Finanzplanung immer noch 15 Prozentpunkte höher als erlaubt.

Schlimmer noch: Der Kredithunger des Staates verdrängt private Unternehmen vom Kapitalmarkt und verhindert so, dass Firmen investieren und wettbewerbsfähig bleiben – Griechenland lässt grüßen.



Neues Web-Angebot

Wie Politik ohne Geld – also ohne eine höhere Staatsquote – funktionieren kann, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie aufgezeigt. Die wichtigsten Ergebnisse finden sich jetzt auch unter der Adresse www.politik-ohne-geld.de im Internet. Neben Texten bietet die Seite zahlreiche Grafiken, einen interaktiven Zinsausgaben-Kalkulator sowie ein Video-Interview mit IW-Direktor Michael Hüther.

Flexibilität hat sich bewährt

Beschäftigung. Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat den Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 erstaunlich gut überlebt. Zwar wurden unterm Strich weniger Stunden als normal gearbeitet, doch dies war vor allem der Kurzarbeit und dem Abbau von Arbeitszeitguthaben geschuldet. Insgesamt konnten so 1,2 Millionen Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden.

Rund 1,5 Milliarden weniger Arbeitsstunden als im Vorjahr – das ist die Bilanz der vergangenen Wirtschaftskrise. Oder anders ausgedrückt: Jeder Arbeitnehmer hat im Jahr 2009 mit 1.281 Stunden nahezu 42 Stunden weniger als im Jahr 2008 gearbeitet. Die Gründe: Unbezahlte Überstunden sind weggefallen, viele Beschäftigungssicherungs-Tarifverträge hatten zudem vorgesehen, die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich zu kürzen. Vor allem aber waren es diese drei Faktoren, die die Stundenzahl nach unten gedrückt haben:

- **Kaum Mehrarbeit.** In der Krise brauchten viele Unternehmen kaum noch zusätzlichen Arbeitseinsatz. Deswegen leistete jeder Arbeitnehmer 2009 im Jahresschnitt fast zehn Stunden weniger bezahlte Mehrarbeit als 2008.
- **Kurzarbeit.** Im Jahresdurchschnitt arbeiteten 2009 rund 1,14 Millionen Arbeitnehmer kurz. Dadurch fielen insgesamt 546 Millionen Stunden aus. Das verringerte die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer um 13,4 Stunden.
- **Abbau von Arbeitszeitguthaben.** Durch das Abfeiern zuvor angesammelter Arbeitszeitguthaben reduzierte sich die Jahresarbeitszeit pro Kopf noch einmal um sieben Stunden.

Vor allem Flexibilität hat also Jobs gerettet. Im Jahr 2009 hatten gut die Hälfte aller Arbeitnehmer ein Arbeitszeitkonto – was durch den vorherigen Boom ordentlich gefüllt war. Und das ließ sich nutzen. So zeigt eine Befragung des Instituts für Ar-

beitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass in Hochzeiten der Rezession 45 Prozent der betroffenen Betriebe die Zeitguthaben ihrer Beschäftigten verringert haben oder dies planten (Grafik).

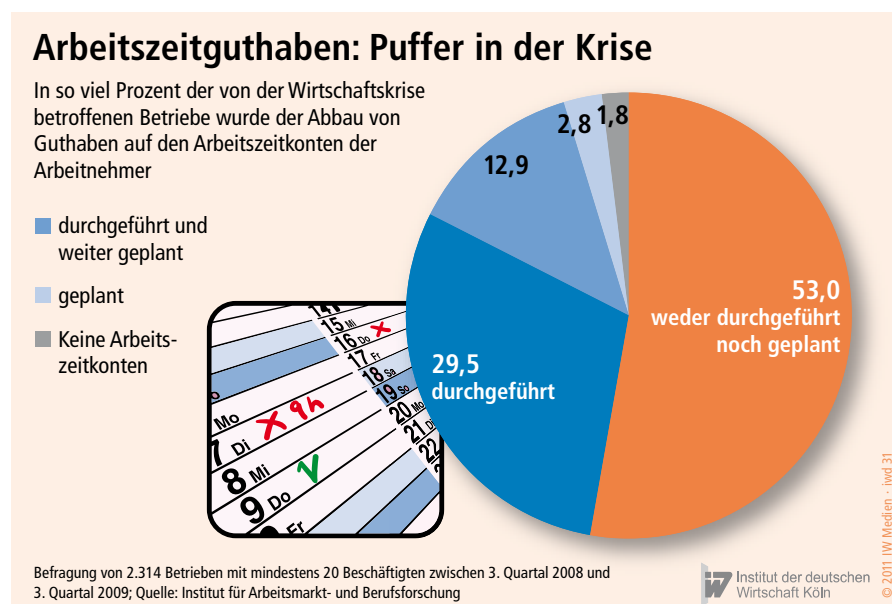
Etwa 22 Prozent von ihnen haben die Guthaben vollständig abgeschmolzen, weitere 2 Prozent gingen sogar ins Minus – die Arbeitnehmer bauten Zeitschulden auf.

Diese Zeitschulden sind allerdings selten. Denn ein Betrieb kann Kurzarbeit anmelden, sobald alle Arbeitszeitkonten leer sind. Kurzarbeit wurde zudem während der Krise attraktiver: Zum einen verlängerte die Bundesregierung die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate und zum anderen übernahm sie in größerem Umfang die Sozialversicherungsbeiträge.

Beschäftigte in der Industrie mussten dabei öfter als andere Kollegen ihre Guthaben opfern, schließlich hat die Rezession das Verarbeitende Gewerbe besonders getroffen.

Industriebeschäftigte bauten im Schnitt 50 Guthabenstunden ab; im Dienstleistungssektor waren es 38 Stunden je Arbeitnehmer.

Immerhin konnten 41 Prozent der Betriebe wieder zu den Regelarbeitszeiten zurückkehren, nachdem die Guthabekonten leer waren. Generell hat sich die Lage recht schnell entspannt: Im Jahresdurchschnitt 2010 arbeiteten noch 495.000 Arbeitnehmer kurz, für 2011 rechnet das IAB nur noch mit 130.000 Kurzarbeitern. Und die Arbeitszeit dürfte sich mit 1.320 Stunden je Beschäftigten auch wieder dem Vorkrisenniveau annähern.



Mobile Spiele, flüchtige Umsätze

Digitale Spiele. Weil immer mehr Deutsche ein Smartphone besitzen, entstehen für die Hersteller von Computerspielen ganz neue Absatzmöglichkeiten. Damit auch Geld zu verdienen, ist eine ganz andere Sache.

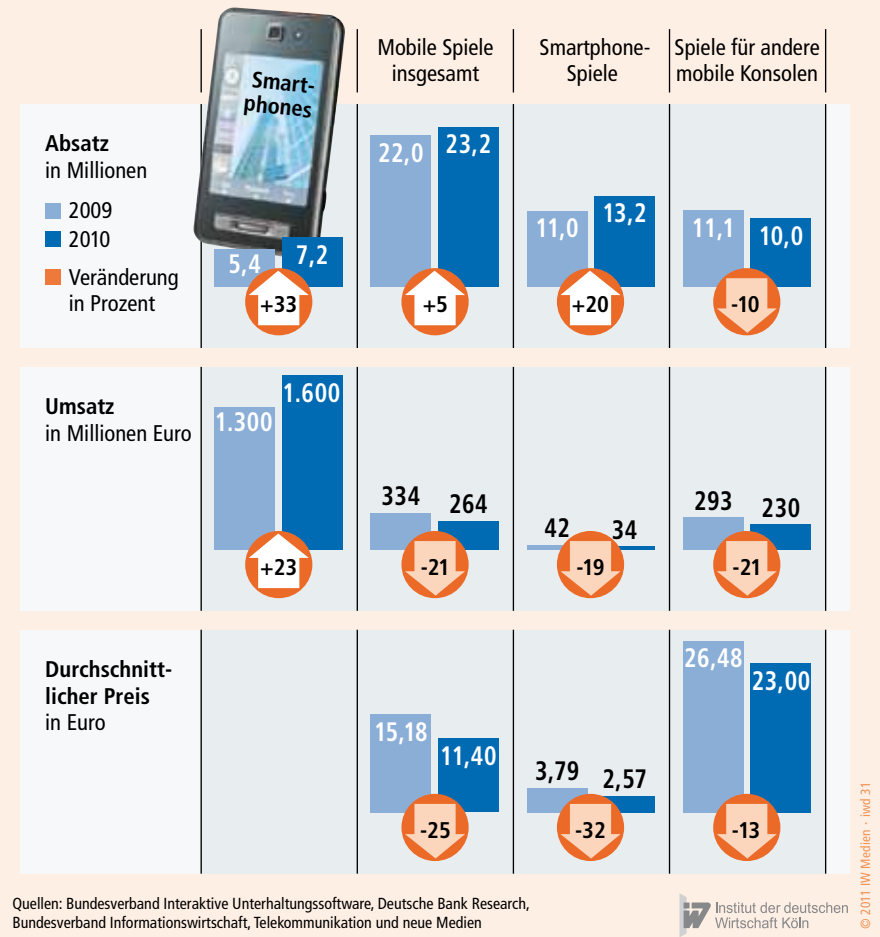
Die diesjährige Spielemesse Gamescom, die am 17. August in Köln ihre Pforten öffnet, steht ganz im Zeichen der Spiele und Anwendungen für intelligente Handys. Denn der Absatzmarkt wird immer größer: Im vergangenen Jahr verkauften Apple, HTC & Co. in Deutschland mehr als sieben Millionen Smartphones, eine Kombination aus konventionellem Handy und transportablem Computer. Das war ein Plus von 33 Prozent – innerhalb nur eines Jahres. Für 2011 erwarten die Hersteller erstmals einen Absatz von zehn Millionen Geräten; knapp 20 Prozent aller Deutschen hätten dann ein Smartphone.

Die zahlreichen Anwendungsprogramme – sogenannte Apps (englisch: application) – für die Multifunktions-Handys sprechen immer mehr Kunden an und verkaufen sich immer besser (Grafik):

Im Jahr 2010 wurden deutschlandweit mehr als 13 Millionen Spiele für Smartphones verkauft – rund 20 Prozent mehr als 2009.

Dieses Wachstum ist allerdings nicht der Grund dafür, dass die Spielebranche ihren Umsatz 2010 um 3 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro steigern konnte. Denn während bei der Hardware, also den Smartphones selbst, der Umsatz mit dem Absatz steigt, gilt dies beim Verkauf der zugehörigen Spiele nicht: Die

Spiele: Smartphones verdrängen Konsolen



Hersteller mussten 2010 ein Minus von 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr verkraften. Das überrascht, schließlich war ein Drittel aller verkauften Spiele bereits für Smartphones und Tablet-PCs bestimmt.

Die Diskrepanz lässt sich vor allem durch einen massiven Preisverfall erklären. Innerhalb eines Jahres sank der Preis für mobile Spiele im Schnitt um 32 Prozent auf 2,57 Euro. Der Grund ist ein knallharter Konkurrenzkampf – immer mehr Hersteller entwickeln und verkaufen mobile Games und andere Apps. Allein beim Marktführer Apple gibt es mittlerweile rund 350.000 verschiedene Anwendungen im Online-

Store. Außerdem haben die potenziellen Käufer von Spielen für Smartphones längst eine Gratis-Mentalität entwickelt:

Heute sind 90 Prozent aller im Internet heruntergeladenen Anwendungen für Smartphones kostenlos.

Einen weiteren Dämpfer bekommt der Markt für mobile Spiele durch den geringeren Absatz herkömmlicher mobiler Spielekonsolen. Denn die „Playstation Portable“ und der „Nintendo 3DS“ werden zunehmend von den Smartphones verdrängt. Die Games-Industrie steht also erneut vor der Herausforderung, neue gewinnbringende Produkte und Vertriebsideen zu entwickeln.

Auch Leistungsschwächere sollen ran

Ausbildungsförderung. Der demografische Wandel lässt die Zahl der Schulabgänger schrumpfen und verstärkt den bestehenden Fachkräftemangel. Unternehmen, Verbände und Tarifpartner wollen dem mit Förderprogrammen für leistungsschwächere Jugendliche entgegenwirken.

Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im Herbst 2010 rechnet jedes zweite Unternehmen schon 2011 mit einem Mangel an Fachkräften. Vor allem der Bau und die Industrie sehen sich stark betroffen (Grafik).

Um trotzdem ausreichend Nachwuchskräfte zu bekommen, müssen leistungsschwächere Jugendliche gefördert und so ausbildungsreif gemacht werden. Dazu haben Betriebe, Verbände und Tarifpartner eine Reihe von Initiativen gestartet.

Das Ausbildungsprogramm „Nordchance“ des Arbeitgeberverbands Nordmetall wurde 2008 in Zusam-

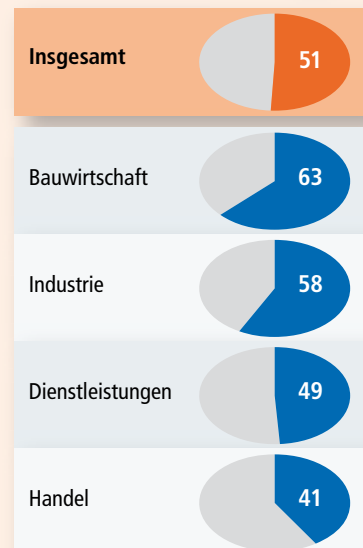
menarbeit mit den Arbeitsagenturen geschaffen. Das Programm bereitet Jugendliche sowohl theoretisch als auch praktisch auf eine gewerblich-technische Ausbildung vor. Während des Trainings erhalten die Teilnehmer zwischen 150 und 300 Euro und haben die Chance auf einen Ausbildungsvertrag. Seit 2008 haben mehr als 100 Jugendliche teilgenommen. Nordmetall hat insgesamt 7,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Den Tarifvertrag „Förderung der Ausbildungsfähigkeit“ für die nordrhein-westfälische Metall- und Elektro-Industrie gibt es seit 2008. Vor allem lernschwächere oder benachteiligte Jugendliche können an einer Ausbildungsvorbereitung teilnehmen. Dabei werden die jungen Leute in den Betriebsablauf integriert – mit dem Ziel, sie anschließend in ein Ausbildungsverhältnis zu übernehmen. Im Vorbereitungsjahr erhalten die Jugendlichen 75 bis 90 Prozent des Lohns, den sie im ersten Ausbildungsjahr bekämen. Die Teilnahme der Unternehmen an diesem Programm ist freiwillig.

Die Sozialpartnerinitiative „Start in den Beruf“ der chemischen Industrie wurde im Jahr 2000 ins Leben gerufen. Sie fördert Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben und die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung nicht erfüllen. In den

Fachkräftemangel: Bau besonders betroffen

Mit einem Mangel an Fachkräften im Jahr 2011 rechnen so viel Prozent der Unternehmen



Befragung von rund 20.000 Unternehmen im Herbst 2010
Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 31

vergangenen zehn Jahren wurden so über 2.200 junge Leute unterstützt, davon ein Drittel mit Migrationshintergrund. Fast 70 Prozent konnten danach eine Lehrstelle antreten.

Die Mittelstandsinitiative „Start-Plus“ erweitert seit 2011 die Sozialpartnerinitiative der chemischen Industrie. Unterstützt werden kleine und mittelständische Unternehmen, die zwar gerne fördern möchten, die pädagogische Betreuung der Jugendlichen aber nicht selbst leisten können. Der Unterstützungsverein der chemischen Industrie zahlt jedem Teilnehmer 430 Euro pro Monat.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.